

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 94.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1907.

Verlags- und Druckerei-Gesellschaft Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Telefon Nr. 158. Eingang Nr. 20. Druckerei: G. W. Müller, Leipzigerstr. 87. Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Verlags- und Druckerei-Gesellschaft Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Telefon Nr. 158. Eingang Nr. 20. Druckerei: G. W. Müller, Leipzigerstr. 87. Halle a. S.

Donnerstag, 25. Februar 1904.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 3. Telefon Nr. 11484. Druck und Verlag von Otto Kretzschmar in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 25. Februar.

#### Die Panik an den Börsen.

Die Pariser Börse hat am 20. Februar einen jähen Rückgang zu verzeichnen gehabt, der die Panik aller früheren Strände bei weitem übertraf. Selbst im Jahre 1887, als aus dem Fall Sadowa eine Kriegsfahrgefahr drohte, sind die französischen Staatspapiere nicht so stark gefallen als am letzten Sonnabend. Der „Matin“ weist mit Bitterkeit darauf hin, daß selbst die russischen Staatspapiere weit besser gehalten worden als die französischen Renten, deren Gesamtwert im Märzlande seit dem 6. Februar sich um 875 Millionen Francs verringert habe. Die Ursache dieses jähen Kursrückganges waren absonderliche Gerüchte über einen Weltkrieg, in den alle europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten aus verbreiteten und genährten Gerüchten waren schon vor Beginn der Sonntagsbörse in Paris verurteilt und fanden gläubigsten Glauben. Die äusseren Gründe erlitten die panischen Staatspapiere, die bis zum 10. um 10,15 auf 74,60 Francs fielen und schließlich auf diesen Preis keine Abnehmer mehr fanden. Nicht so erdrückend war der Niedergang der vierprozentigen russischen Rente, die um 2 1/2 Francs fiel und der der italienischen, spanischen, portugiesischen, brasilianischen und argentinischen Renten, die durchschnittlich um 2 1/2 bis 3 1/2 Francs wichen. Am heftigsten aber litten die Bankpapiere, da beispielsweise die Pariser Bank 48 Francs und der Credit Lyonnais 42 Francs einbüßten. Auch die französischen Bahnpapiere erlitten jähen Kursrückgang.

Es konnte nicht ausbleiben, daß diese Pariser Panik auch die Nachbörse in Berlin, Wien, London und Madrid ergriff. Es scheint, daß man in Berlin über die Grundlosigkeit der Gerüchte, mit denen die Wäpse in Paris gearbeitet hat, verhältnismäßig am besten unerrückter gewesen ist. Immerhin wurden auch hier missverständliche Erklärungen zu hören. In Madrid aber mußten die Pariser Nachrichten eine um so heftigere Panik hervorrufen, als dort wenige Tage zuvor die auffällige Nachricht verbreitet war, England habe sich Spanien angeschlossen, ob es sich allein Mannes genug fühle, seine Neutralität zu verteidigen, und Frankreich habe darauf Spanien erdrückend vor England gewarnt. Allerdings hatte die spanische Regierung sofort offiziell erklärt lassen, daß das Kabinett in Madrid keine englische Note solchen Inhalts empfangen habe, aber die öffentliche Meinung war damit nicht beruhigt, denn eine derartige diplomatische Anfrage hätte ja recht wohl auch mündlich gestellt sein können; und Tatsache blieb jedenfalls, daß Spanien eine Verärgerung seiner Gattungen auf den Balearen und den kanarischen Inseln für erforderlich, den Besitz dieser Inselgruppe wohl für bedroht erachtet hat. Die hierdurch in Spanien erregte politische Befregung war innerlich so groß, daß bei dem Eintreffen der Pariser Börsennotizen in Madrid die innere Rente auf 70,50 Francs fiel und die Aktien der Bank von Spanien um drei Punkte fiel.

In Berlin sind die leitenden Kreise der Bankwelt sofort zusammengetreten, um Maßnahmen zur Beruhigung und Stützung des Fondsmarktes zu treffen. Den Börsenbörten entgegen sollen Eingehalten über diese Konjunktur nicht bekannt gegeben werden. Das ist jedoch, denn offenbar handelt es sich hier nicht nur um einen gewöhnlichen Börsensturz, sondern darüber hinaus um politische Krisenereignisse, deren Leberer man am leichtesten erkennen dürfte, wenn man sich fragt, gegen wen die am Sonnabend erhobene Drohung sich richtet. Wie der „Matin“ berichtet, hat der französische Finanzminister Rouvier am Sonnabend nachmittag eine Unterredung mit dem Syndikus der Reichsbank gehabt, in der festgestellt ist, daß alle von der Wäpse Spekulation verbreiteten Nachrichten über militärische Rüstungen Frankreichs nicht begründet seien. Das dürften die Pariser Banken auch überdies gewußt haben. Es handelt sich aber offenbar neben dem ganzen Wäpse auf die Spargroschen der erwerbenden Massen Weltweit aus und noch um die besondere Nebenabsicht englischer Jückerkreise, dem Frankreich das Unvermögen ihrer Kassenfreundchaft zum Verstoßen zu bringen. Steden doch haben Milliarden russischer Anleihe in den Volkstürmen der französischen Papiere! Es steht indes zu hoffen, daß dies Wunder möglich wird und daß über die von der Wäpse am Sonnabend erzwungenen Erfolge hinaus eine politische Erhellung Weltweit in dem Hinblick in London gewünscht ist, die nicht erfolgen wird. Nebenfalls dürfte der folgende Tag von Paris dazu beitragen, ganz Mitteleuropa darüber aufzuklären, von wo bei der augenblicklichen Weltlage die größte Gefahr zu erwarten ist: nämlich einerseits von England und andererseits von dem internationalen Großkapital, die beide von einer Entfremdung der russischen Finanzen für Erfolg versprochen, England für seine Pläne in Asien, das internationale Kapital für seinen Weltbeute.

\* Es. Mai. der Kaiser unternahm Dienstag nachmittag einen Spaziergang, begab sich später nach Potsdam und wollte daselbst dem Diner bei Oberpräsident v. Bethmann-Sollweh bei. Mittwoch morgen machte er die gewohnte

Promenade im Tiergarten, sprach beim Reichsfiskus Grafen v. Hilow vor, hörte im königlichen Schloß die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts, Müll. Gehobenen Maas Dr. von Tucanus und des Staatsministers v. Wedel und nahm die Meldung des Fürsten zu Dolna-Schlobitten und des Grafen Karl Benting entgegen. Das Frühstück nahm er beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Mithofen ein.

\* Besuch des Kaisers in Anwerpen. Alle Briefsteller Zeitungen bestätigen nunmehr, daß Kaiser Wilhelm auf seiner nächsten Geschäftsreise in Anwerpen eintritt; nur ist der Zeitpunkt des Besuchs noch unbestimmt.

\* Der Kronprinz, welcher Mittwoch nachmittag in Hamburg eingetroffen war, hat heute den Schiffsarzt von Max Deth in Reut. Besuch ab und besichtigte heute die Quantalagen im Südwärderhafen und den Rückstufen fünfmal „Kreuzen“. Nach 7 Uhr trat der Kronprinz nach Wien weiter.

\* Familienrat. Am Dienstag fand in Berlin im Englischen Hause der Familienrat derer v. Hilow statt. Unter den erschienenen Familienmitgliedern befanden sich auch der Reichsfiskus und Graf von Mülow.

\* Personalnachrichten. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung der Fürstin zu Göttingen und der Herzogin von Ratibor zu Palatinen der Kaiserin. — Prinz Friedrich Leopold von Preußen ist von seiner Heiratung ab zu weit wieder hergestellt, daß er das Recht hat verlassen können. — Prinz Carl Friedrich von Preußen wird bei dem 1. März stattfindenden Verabschiedung des rheinischen Provinzialparlamentes in Düsseldorf betraut.

\* Nach Wien und Arita. Die des „All.-Wochenbl.“ meldet, sind der Kaiser von Stabe des Leib-Grenadier-Regiments Nr. 8 v. Förster, der Militärattaché in Tokio Major v. Ebel und der Hauptmann beim Generalstab der Armee Dr. Hoffmann zur japanischen Armee kommandiert worden. Der Leutnant im Infanterie-Regiment Nr. 152 Kuntel ist in der Schutruppe in Südwestafrika angestellt worden.

\* Südwärderfahrt. Die Truppenabteilung, die am 30. Januar auf dem Dampfer „Hof Boermann“ abgegangen war, ist am Mittwoch in Swakopmund eingetroffen.

\* Nachtrag. In dem angekündigten Nachtragartikel sollen zunächst zur Entschädigung für die Verabschiedung in Südwärderfahrt zwei Millionen gebildet werden. Nachforderungen sollen erhoben werden, sobald sich der ganze Schaden übersehen läßt.

\* Der Beirat für Arbeiterrenten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Reichstag zu empfehlen, die Erhebung über die im Rinnenschafter-Gewerbe an Werktagen übliche Arbeitszeit durch eine im Herbst d. J. vorzunehmende statistische Aufnahme einzuleiten. Die Erhebung würde sich nach den Vorkäufen des Beirats auf die drei Hauptbetriebsarten der Innenschafterei, und zwar auf die Schöpfwerke, die Dampfmaschinenwerke und die Segel- bzw. Schöpfwerke beziehen zu erstrecken haben. Es ist in Aussicht genommen, von den Unternehmern der beiden erstgenannten Betriebsarten etwa 20 Proz., von den Segelbetriebsarten 10 Proz. zu befragen. Die Ausgabe der Fragebogen an Versuchspersonen wird voraussichtlich in der Zeit vom 15. bis 25. September d. J. erfolgen. Es wird im Interesse der Beteiligten liegen, sich bereits jetzt mit dem Inhalt der Fragen, die im Herbst zu beantworten sind, eingehend vertraut zu machen.

\* Die Subjekt-Kommission des Reichstags legte am Mittwoch ihre Beratung des Etats für die ostafrikanische Expedition fort. Abg. Müller-Rudka (Ztr.) kritisierte seinen Antrag auf Erreichung einer ganzen Reihe von Postionen dahin ein, daß er die Postionen nur für ein halbes Jahr abgeben konnte. Dem entsprechend wurden die Kosten für einen Zinsausbau mit 8700 Mk. und für zwei Schleife mit je 5500 Mk. getrichen. Ferner wurde auf Antrag Müller-Rudka beim Ziel „Truppenbefehlshaber“ die geforderte Summe für einen Hauptmann abgelehnt. Verschiedene Ziel wurden von der Regierungsvorlage entsprechend genehmigt. Morgen Fortsetzung.

\* Reichstag Sachsen-Altenburg. Die Wahlrechtskommission des Reichstags hat am letzten Debatte die Wahl des Abg. Buchwald (Sachsen-Altenburg) gegen vier Stimmen für ungültig erklärt.

### Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom 24. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundeskanzler: Bude.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Etat der Reichseisenbahnen. Die Budgetkommission hat nur bei den einmaligen Ausgaben Abträge vorgenommen.

Beim Ziel „Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen“ hat Abg. Geydner (Cent.) seine Freude über die Vorlegung der Denkschrift über die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Arbeiter und Beamten aus. Wünschenswert sei, daß Arbeiterverhältnisse gebildet würden. Die Statistik müsse leuchtend Angaben über die Dienstverhältnisse enthalten. Bedauerlich sei, daß viele Beamte nur einen Ausweg im Monat hätten, daß sie häufig den Werkstattdienst nicht zulassen, daß die Beschäftigten in unzufriedenheit leben.

Abg. Dr. Müller-Rudka (Ztr.): Der Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen hat früher einmal gesagt, er sehe auf dem Standpunkte seines Vorgängers, daß er den Arbeitern bei der Reichseisenbahnverwaltung im allgemeinen das Realisationsrecht nicht zuzulassen werden könne. Es wäre doch unbedingt notwendig, daß der Chef der Eisenbahnverwaltung dafür sorgt, daß eine ausreichende Interpretation des Gesetzes geschaffen wird, damit die Arbeiter endlich wissen, woran sie sind. Es ergeben sich eigenartige Komplikationen von staatsrechtlicher Bedeutung durch die Personalunion, die für das Reich und Preußen besteht. Zu Preußen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, nicht auf die preussische Eisenbahnverwaltung einzugehen, wir beschäftigen uns nur mit den Reichseisenbahnen.

Abg. Dr. Müller (fortfahrend): Herr Präsident, ich wollte nur die Bedrückung schlagen.

Präsident Graf Ballestrem: Dann bitte ich Sie aber, die Bedrückung sofort zu schlagen. (Beifall.)

Abg. Dr. Müller (fortfahrend): Ich bitte deshalb den Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen, hier über das Realisationsrecht der Eisenbahnarbeiter eine klare Erklärung abzugeben. (Beifall.)

Abg. Müll. (fr. Wg.): Die Eisenbahnarbeiter, die in Werkstätten beschäftigt sind, haben auch das Realisationsrecht. Für Eisenbahnarbeiter hat die Frage keine Bedeutung, da die Verwaltung das Realisationsrecht nicht ansetzt. Die Frage des Realisationsrechts wäre mehr proplaktischer Natur. Der neue Etat bringt keinerlei wesentliche Verbesserung. Daraus ergibt sich für uns die Pflicht, die Wünsche und Bedürfnisse der reichsabhängigen Beamten auf neue vorzubringen. Bei Einführung des Dienstaltersgesetzes waren wir der Ansicht, daß die Beamten Mitte der fünfziger Jahre in den Genuss des Realisationsrechts kommen sollten, tatsächlich tritt dies erst im Alter von 60 Jahren ein. Die Eisenbahnarbeiter haben mit Befriedigung, daß sie in der Beamtenliste nicht mehr verlangen elendige Stellung. Wenn man einmal die vielen Wagenfahrer in Eisenbahnen beschäftigt werden soll, dann möge man wenigstens gut ausgestattete und modern eingerichtete Wagen verwenden, die auch mit Schnellzügen befördert werden können.

Minister Bude: Ich möchte zunächst den beiden Reichstagen meinen Dank aussprechen für ihr in großen und kleinen positiven Kritik gegenüber meiner Verwaltung. Daß der Etat nicht sämtliche Wünsche erfüllt, die am mich als Arbeiterherren herangeraten sind, ist selbstverständlich. Es ist aber wohl auch allen Deinen in diesem Hause bekannt, welcher Kleintrieb erst geführt werden muß, um den Etat zu Stande zu bringen. Ich möchte nicht einmal, daß es möglich wäre, sämtliche Wünsche mit einem Schlage zu erfüllen, so daß dann alle Arbeiter der Verwaltung unzufrieden gegenüber wären. (Große Heiterkeit.) Für das Personal ist aber trotz allem viel geschehen. Es hat eine Verwirklichung der Dienstzeit und eine Erhöhung der freien Tage stattgefunden. Unserer besonderen Fürsorge erfreuen sich die Lokomotivführer und Fregler. Auch die Köche der Arbeiter sind im ganzen die Höhe gegangen, sie hatten abermals nachgeholt werden. Mit den Arbeitstransportisten habe ich in freundschaftlichen Beziehungen. Ich bin persönlich in den Werkstätten gewesen und habe die Arbeiterverhältnisse empfunden. Diese haben mir ihre Wünsche vorgebracht, deren größten Teil ich bereits habe erfüllen können. Ich habe mich auch mit den Arbeitern über die Köche unterhalten, als Arbeiterverhältnisse haben sie befriedigt, daß sie in der Beamtenliste nicht mehr verdienen würden, daß sie den größten Wert darauf legen, daß sie bei wechselnder Konjunktur nicht entlassen werden. Unsere Sorge richtet sich auch auf das Wohnungsproblem. Die Wünsche, die der Abg. Müll. im einzelnen vorgebracht hat, werden erneut geprüft werden. Alle kann ich nicht erfüllen bis zum nächsten Jahre, aber das muß ich sagen, der Etat für die Verwaltung muß so gestaltet sein wie möglich, daß wir mit den besten Wagen nach Eisenbahnen laufen lassen, ist selbstverständlich. Die Einführung der 4. Klasse in Eisenbahnen hängt zusammen mit der ganzen Personenverkehrsreform. Diese muß kommen; ich hoffe, sie kommt recht bald. (Beifall.)

Abg. Müller-Rudka (fr. Wg.): Wenn die Betriebsverhältnisse, die auf den Werkstätten bestehen existiert werden, auch bei und existiert werden, so würden die Arbeiter des Protokolls, die eigentlich garniert existieren, da der Protokoll ist — fertig werden. Vor allem aber wünschen wir bessere Verkehrsverbindungen mit dem Netz.

Abg. Dr. Sauer (Wg.): Bringt Saengeränder Lokalverhältnisse vor und tritt für die Verschärfung verschiedener Bestimmungen ein. Die Unterbeamten schlechter gestellt sind als in Sachsen und Preußen. Weniger lobend kann ich mich über das Wagenmaterial anlassen, ich habe reichsabhängige Wagen gesehen, die zu Ausstellungen Anlaß geben. So war es vielfach mit der Belegung leicht bestellt. Wenn die Eisenbahnarbeiter an ihren Wagen zu großen Beschwerden haben, müssen sie sie beschaffen, wenn sie sollen sie damit versehen.

Abg. Schumacher (nl.): Die Einführung der vierten Klasse werden die Eisenbahnen, die die Reichseisenbahnverwaltung ein Netz für ihre Arbeiter und Arbeiter habe. Im übrigen bezieht der Bedarf der Lokomotiven auf Eisenbahnen.

Abg. Stummet (fr. Wg.): Es sei bescheidend, daß von den Arbeitern seit diesem Jahre Wünsche geäußert werden und fordert dann das Realisationsrecht der Eisenbahnarbeiter. Redner bejahte vollständig die Feststellung einer einzelnen Reihe von Kategorien der Eisenbahnbeamten.

Abg. Hildebrand (Sax.): Beinhaltet, daß Minister Bude nicht alle an ihn gerichteten Fragen beantwortet habe.

Minister Bude: Ich habe grundsätzlich bereits erklärt, daß ich alle Wünsche prüfen werde, daß der Etat auch nicht alle Wünsche erfüllt, die ich für die Beamten habe; im einzelnen bin ich jetzt nicht in der Lage, auf die Fälle einzugehen, dafür ist die Kommission für den Etat zu befragen, dem Abg. Dr. Müller zu antworten. Meine Erklärung vom 4. März habe ich voll aufrecht, ich brauche nicht hinzuzufügen. Ich bin nicht genügt gewesen, einen Arbeiter zu entlassen oder einer Koalition entgegenzutreten, weil die Arbeiter in durchaus ordentlicher Weise ihre Wünsche ausgeprochen haben. Ich habe ja auch den vor Tagen in Halle gesprochen, daß die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 24. Februar 11 Uhr.

Am Ministerpräsident: S. G. n. e. d. r.

Die zweite Beratung des Budgets wird bei den Einnahmen fortgesetzt.

Abg. Strauß-Waldenburg (fron.) bezieht sich darauf, daß gemeinnützigen Bauvereinigungen, denen nach dem Gesetz von 1867 Stempelsteuer zugestanden worden ist, weil sie neben der Beschaffung billiger Wohnungen für die ärmere Bevölkerung auch Sparanlagen errichten.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß die Stempelsteuer in diesem Falle nur den Förderer werden könne, wenn die Annahme von Sparanlagen in den Vordergrund tritt. Auf eine Anfrage des Abg. Strauß (fron.) erwidert: Auf ein Verlangen des Reichstags hat Minister des Innern habe von





